



Aktenzeichen: FWG

Datum: 09.03.2022

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

**Stärkung der Bürgerbeteiligung in Frankenthal, insbesondere bei der künftigen Stadtentwicklung
hier: Antrag der FWG-Stadtratsfraktion**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt

zeitnah verbindliche Kriterien zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern vorzulegen, die ggf. als Beteiligungssatzung durch den Stadtrat beschlossen werden können. Diese Leitlinien, die beispielsweise auf Vorhaben in den Bereichen Stadtplanung und Städtebau, Umwelt, Mobilität, Verkehr Soziales und Kultur Anwendung finden können, sollen im Dialog durch Vertreter/-innen des Stadtrates, der Verwaltung und der Bürger- und Jugendschaft erarbeitet werden.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Begründung:

Bei einer Vielzahl von politischen und behördlichen Planungs- und Entscheidungsvorbereitungsprozessen in den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass unsere mündigen und engagierten Bürgerinnen und Bürger der Stadt Frankenthal rechtzeitiger, umfassender und transparenter als bislang über Vorhaben städtischer Projekte informiert werden möchten, um mit Ihren Eindrücken, Perspektiven, Erfahrungen und Fachwissen zu einem funktionierenden und erfolgreichen kommunalen Gemeinwesen beizutragen.

Aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern vernehmen wir immer wieder, dass Beteiligungsprozesse in der Stadt Frankenthal oftmals auf die gesetzlichen bzw. verpflichtenden Beteiligungsverfahren, die meist erst in einem späten Stadium stattfinden, reduziert werden und auf Einwohnerfragestunden oder das Ratsinformationssystem verwiesen wird, was gerade in Corona-Zeiten besonders schwierig ist. Dies bestärkt das Gefühl, dass erst nach Gründung von Bürgerinitiativen Anwohnerinnen und Anwohner im Rahmen der Planungen gehört werden, so z.B. bei der Regionalplanung und diversen Bauvorhaben der letzten Jahre.

Nach unserer Kenntnis wird seit geraumer Zeit die Aufstellung des **neuen Flächennutzungsplan 2035** seitens der Stadtverwaltung geprüft. Bis 2035 sollen nach den Bekundungen des Oberbürgermeisters über **2000 neuen Wohneinheiten in Frankenthal** gebaut werden!

Hierbei werden derzeit stadtübergreifende Konzeptionen erarbeitet. Ein neuer Landschaftsplan ist in der Erarbeitung, ebenso eine Stadtklimaanalyse, die als Grundlage für ein Klimaanpassungskonzept dient. Darüber hinaus werden noch weitere stadtübergreifende Konzeptionen erarbeitet, die als Grundlage für den neuen Flächennutzungsplan dienen, bspw. ein Hochwasserschutz- und Starkregenvorsorgekonzept oder ein Spielplatzbedarfsplan. In den für den neuen Flächennutzungsplan relevanten Themenfeldern werden dabei jeweils die verschiedenen Rahmenbedingungen und Herausforderungen untersucht, die jeweiligen Bedarfe analysiert und anschließend Handlungsempfehlungen formuliert, so dass die künftige Stadtentwicklung auf unabhängiger Fachexpertise beruht, ergänzt durch das spezifische Wissen sowie die Erfahrungen und Einschätzungen der lokalen Akteure.

Alle diese vorbereitenden Konzeptionen wurden bislang ganz ohne mitgestaltende Beteiligung unserer Bürgerinnen und Bürger erarbeitet!

Durch umfassende und rechtzeitige informelle Bürgerbeteiligung soll die Stadt Frankenthal künftig Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, die weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehen. Ziel der Bürgerbeteiligung sollte es künftig sein, Argumente, Ideen, Meinungen und Positionen der Bürger und Bürgerinnen frühzeitig zu erfahren, diese bei den Entscheidungen zu würdigen und soweit als möglich zu berücksichtigen bzw. gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Die Weite der Inhalte und Themen, die künftig Gegenstand von Bürgerbeteiligung sein können, ist breit angelegt und erstreckt sich auf nahezu alle kommunalen Handlungsfelder.

So können künftig Entscheidungen und Meinungsbilder gemeinsam besser getragen und verwirklicht werden. Damit dies gelingt, müssen unterschiedliche Positionen aufgezeigt und ggf. Kompromissmöglichkeiten benannt werden!

Die intensive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger stärkt und ergänzt die repräsentative Demokratie auf kommunaler Ebene und führt zu mehr Nähe und einem besseren Verhältnis mit den Entscheidungsträgern. Die Ergebnisse der Beteiligung können nicht Stadtrats- oder Verwaltungsentscheidungen ersetzen. Aber sie sollen helfen, durch eine kontinuierliche Kommunikation in der Bürgerschaft akzeptierte Entscheidungen in den Gremien zu treffen.

Durch die Anwendung eines einheitlichen Standards in Form von „Leitlinien für die kommunale Bürgerbeteiligung in Frankenthal“ werden nicht nur die einzelnen Beteiligungsmaßnahmen planbarer und leichter handhabbar, sondern wird vor allem auch die Akzeptanz von Beteiligungsergebnissen und den darauf aufbauenden Entscheidungen und Planungen erhöht.

Ziel dieser Leitlinien soll es sein, Bürgerbeteiligung künftig systematisch und nach klaren Vorgaben durchzuführen und deutlich zu machen wie die Ergebnisse von Verwaltung und Gremien genutzt werden. In diesen Leitlinien soll der Prozess freiwilliger Bürgerbeteiligung ganzheitlich, umfassend und strukturiert dargestellt werden. In vielen benachbarten Städten wird Bürgerbeteiligung in unterschiedlichen Formaten und in verschiedensten Zusammenhängen seit Jahren aktiv und auch online mit gerade für Jugendlichen ansprechenden Beteiligungsformen praktiziert. Diese Erfahrungen gilt es einzuholen und bei der Erstellung zu berücksichtigen.

Ziel muss es sein, eine hohe Qualität und Akzeptanz der Beteiligungsprozesse sicherzustellen. Dies könnte Aufgabe einer Fachstelle Bürgerbeteiligung sein. Eine jährlich fortzuschreibende Vorhabenliste kann einen guten Überblick über alle Planungen und Projekte der Stadt Frankenthal geben, die das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben betreffen. Die Liste könnte beispielweise vom Stadtrat beschlossen, regelmäßig aktualisiert und auch online veröffentlicht werden.

Wir bitten um Ihre Zustimmung!

Jesko Piana

Fraktionsvorsitzender

Bürger beteiligen – aber wie und wie oft?

„Verbindliche Kriterien“, wie die Frankenthaler an Projekten und Prozessen in ihrer Stadt mitwirken können – das haben die Freien Wähler in einem Antrag gefordert. Sie sind damit bei den anderen Fraktionen und der Verwaltung auf wenig Gegenliebe gestoßen.

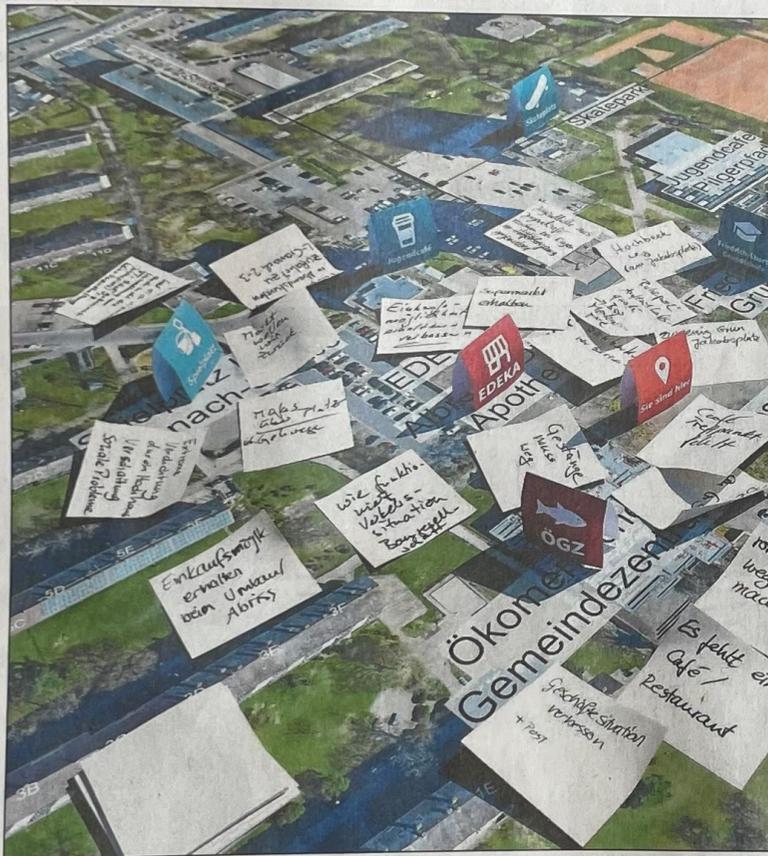
VON JÖRG SCHMIHING

Er habe offenbar beim Rest des Stadtrats und bei der Verwaltungsspitze einen „empfindlichen Punkt“ erwischt, fasste FWG-Sprecher Jesko Piana für sich die Reaktionen auf die Initiative der Fraktion zusammen. Ihm und seinen Mitstreitern sei es darum gegangen, dass die Bürger „noch mehr als bisher“ an wichtigen Entscheidungen für die Zukunft Frankenthals beteiligt würden. Ein Runder Tisch, an dem diese Möglichkeiten vorgestellt und diskutiert würden, wäre insofern ein Erfolg, sagte Piana.

Anlass zu Selbstkritik

Ein solcher Arbeitskreis soll nun tatsächlich vom Ältestenrat vorbereitet und dann gebildet werden. Der „empfindliche Punkt“, den der Chef der vierköpfigen Fraktion erwähnte, war aber ein ganz anderer: der bei den kommunalpolitischen Mitbewerbern und auch bei Oberbürgermeister Martin Hebich (CDU) entstandene Eindruck, in Frankenthal finde keine Bürgerbeteiligung statt. Christdemokrat Daniel Kühner meinte, er sei der FWG „dankbar“ für deren Antrag – er sei Anlass, „um sich mit dieser Frage systematisch zu beschäftigen“.

Kühners Punkt: Wenn Kritik daran aufkomme, dass sich die Bewohner der Stadt bei manchen Vorhaben und



Das Paradebeispiel für Bürgerbeteiligung in Frankenthal: die Neugestaltung des Jakobplatzes. Zustande kam der Prozess aber erst auf massiven Druck der Anwohner im Pilgerpfad.

ARCHIVFOTO: BOLTE

Entwicklungen zu wenig eingebunden fühlen, dann treffe dieser Vorwurf in erster Linie die Fraktionen selbst: „Das ist zuvörderst unsere Aufgabe.“ Bürgerbeteiligung sei nichts, womit der Rat die Verwaltung beauftrage. Themen zu den Leuten zu tragen und mit ihnen darüber zu sprechen, das seien „Hausaufgaben, die wir selbst machen müssen“.

Bruder nennt Beispiele

Kühner wies wie sein Parteifreund Hebich auf die innerhalb von Verwaltungsverfahren – beispielsweise für einen Bebauungsplan – gesetzlich festgelegten Schritte zur Bürgerbeteiligung hin, räumte allerdings ein, dass diese formalen Möglichkeiten von vielen nicht mehr als ausreichend empfunden werden. Insofern müssten sie mit informellen Konzepten ergänzt werden, so der Jurist – aber nicht regelhaft, sondern dem jeweiligen Fall angepasst.

Lob für seine „fundierte Stellungnahme“ zum FWG-Antrag bekam Kühner vor allem von Gerhard Bruder (Grüne/Offene Liste). Es sei nicht richtig, dass in Frankenthal in Sachen Bürgerinformation „nichts läuft“. Der Fraktionssprecher zählte auf: die Zukunftswerkstatt beim Wohnbauprojekt auf dem früheren KBA-Parkplatz, der Prozess rund um die Pläne für den Jakobplatz im Pilgerpfad, die Info-

Veranstaltungen zum Innenstadt-Konzept. Aus Bruders Sicht gibt es einen Grundsatz: „Wer mitreden will, der muss sich auch informieren.“

OB befürchtet Verzögerung

OB Hebich erläuterte den Blickwinkel der Verwaltung: Die müsse „Daten und Fakten“ sammeln, um mit fundierter Information in eine Bürgerbeteiligung zu gehen. In sämtlichen Verfahren der Bauleitplanung stehe vor der Bürgerbeteiligung aber ohnehin, dass Projekte zuerst den zuständigen Gremien – Ausschüsse, Ortsbeiräte und Stadtrat – vorgelegt würden und die gewählten Vertreter mit ihrem Votum dann die weiteren Schritte einleiten. Der Oberbürgermeister sperrte sich nicht gegen zusätzliche Bemühungen, die Frankenthaler mit ins Boot zu holen. Wenn es aber Beschwerden über die Dauer mancher Vorhaben gebe, könnte dies „Projekte erheblich verzögern“.

Einen Aspekt im Antrag der Freien Wähler ließen allerdings auch die anderen Fraktionen unwidersprochen so stehen: Gremienentscheidungen, die auf intensiver Bürgerbeteiligung beruhten, erhielten mehr Akzeptanz. Zuletzt hatte in mehreren Fällen das Bekanntwerden von Plänen in Frankenthal zu Protest und letztlich zur Gründung von Bürgerinitiativen geführt – Stichwort Pilgerpfad.